Bekanntmachung

Die Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung findet am Dienstag, den 31.05.2016 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.04.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR) Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: AN 0038/2016
- 4.2 Barrierefreiheit von Fußwegen, Verwaltungsgebäuden, und öffentlichen Veranstaltungen
- 4.3 Beratung zu "dunklen Ecken" in Stralsund Bessere Beleuchtung von Straßen und Wegen
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert Vorsitz



Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

ab 17:20 Uhr

Sitzungsdatum: Dienstag, den 19.04.2016

Beginn: 17:00 Uhr Ende 18:20 Uhr

Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r

Herr Reinhard Kremser

Mitglieder

Frau Dr. Heike Carstensen

Herr Heino Fleischer

Frau Kerstin Friesenhahn

Herr Harald Ihlo

Frau Anett Kindler

Frau Maria Quintana Schmidt

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Frau Steffi Behrendt

Frau Heike Benz

Frau Sarah Cornils

Frau Kathi Gutsmuths

Herr Jan Höhndorf

Herr Tino Krusch

Frau Patricia Kostencki

Gäste

Herr Richard Kreutzberg

Frau R. Günzel

Frau Marlies Koch

Herr Peter Bischoff

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 08.03.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen

- **4.1** Anliegen des Herrn Ruddies Erhöhung der Sicherheit für Kindergarten- und Schulkinder Tribseer Damm/Frankenwall
- 4.2 Erstellen einer Park App Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD Vorlage: AN 0012/2015
- 4.3 Rollstuhl Rallye 2016
- **4.4** Graffitis Kunst fördern, Missgunst und Sachbeschädigung verhindern
- **4.5** Hunde: (illegale) Kampfhunde, Hundekot, Tütenhalter für Hundekot
- 4.6 Verbesserung der Sauberkeit in Stralsund
- 5 Verschiedenes
- Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind zu Beginn der Sitzung 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 08.03.2016

Frau Friesenhahn bittet darum, dass ihre Anmerkung zum Frankenteich/ mit in das Protokoll aufgenommen wird.

Die Niederschrift der 03. Sitzung vom 08.03.2016 wird mit der vorgenannten Ergänzung bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Anliegen des Herrn Ruddies - Erhöhung der Sicherheit für Kindergartenund Schulkinder Tribseer Damm/Frankenwall

Gast: Herr Ruddies

Das von Frau Ehlert beantragte Rederecht für Herrn Ruddies wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

Herr Ruddies gibt eine kurze Zusammenfassung zum bisherigen Verlauf der Beratungen und erläutert die örtliche Verkehrssituation. Es sei wichtig zu verdeutlichen, dass das Gefahrenzeichen auch weiter vor dem Kindergarten gelte. Zudem wird auf den kürzlich gefassten Beschluss der Verkehrsministerkonferenz verwiesen.

Frau Wilcke informiert darüber, dass ein Schild mit der Aufschrift "Achtung Kinder" in der vergangenen Woche in dem Bereich aufgestellt wurde.

Der Beschluss der Verkehrsministerkonferenz hat ohnehin zur Klärung der Angelegenheit beigetragen.

Im weiteren Verfahren werde mit der Verkehrsbehörde und der Polizei zusammengearbeitet, um eine Beschränkung auf Tempo 30 umzusetzen.

Ein Problem bleibt allerdings der Kontrollaufwand, der durch die Ordnungsbehörde nicht zu jeder Zeit abgedeckt werden kann.

zu 4.2 Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Frau Behrendt informiert darüber, dass bisher nicht an einem Konzept für eine eigene Stralsund-Park-App gearbeitet wurde.

In diesem Jahr werden die Homepage der Hansestadt Stralsund <u>www.stralsund.de</u> sowie die gemeinsame Welterbe-Webseite der Städte Stralsund und Wismar www.stralsundwismar.de für die Darstellung auf mobilen Geräten optimiert.

Frau Behrendt berichtet, dass die Tourismuszentrale der Stadt gemeinsam mit einer externen Firma im Jahr 2011 eine Stralsund-App entwickelt hat. Aufgrund der veralteten Daten habe die Tourismuszentrale im Jahr 2015 eine Aktualisierung vorgenommen.

Die Gründe, warum keine eigene Park-App entwickelt wurde, werden durch Frau Behrendt ausführlich erläutert. Einerseits sei der Aufwand für eine Stadt dieser Größe und der überschaubaren Zahl der Parkhäuser unverhältnismäßig. Andererseits seien im Geografischen Informationssystem (GIS) der Stadt Parkflächen gekennzeichnet. Es wird auf weitere, bereits vorhandene Möglichkeiten, sich über Parkmöglichkeiten zu erkundigen, informiert.

Frau Behrendt merkt außerdem an, dass die geforderte Kommunikation der Verfügbarkeit von Parkplätzen durch das vorhandene Parkleitsystem erfolge. Es sollten bestehende Angebote genutzt werden.

Frau Behrendt macht die Anwesenden auf eine bereits vorhandene App aufmerksam. Die "Parkopedia" App wird durch die Nutzer gefüllt. Da sie in 35 Ländern nutzbar ist, kann der App-Nutzer sie in vielen Städten und Ländern nutzen und muss sich nicht für jede Stadt eine eigene App herunter laden.

Die App bietet umfassende Informationen zu Parkmöglichkeiten, Kosten, Öffnungszeiten von Parkhäusern usw.

Auch eine Navigation über die App ist möglich.

Abschließend schlägt Frau Behrendt vor, das Thema zu beenden und festzulegen, für die Hansestadt keine eigene App zu programmieren.

Herr Kremser informiert, dass auf Anwohnerparkplätzen am Frankenwall 5/6 am 30. und 31.03. Baucontainer abgestellt waren. Darüber sollten Anwohner informiert werden.

Frau Kindler findet eine allgemeine App sinnvoller, da sie überall nutzbar ist.

Herr Ihlo informiert, dass man in der Stralsund-App Informationen zu Parkhäuser und Einkaufsmöglichkeiten erhält.

Frau Ehlert schlägt vor, die neuen Erkenntnisse mit den Fraktionen zu beraten, damit das Thema zum Abschluss gebracht werden kann.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn erläutert Frau Behrendt, dass mit der Umstellung der Internetseiten Mitte des Jahres gestartet werden kann.

Das Thema wird im Juli 2016 erneut auf die Tagesordnung gesetzt, um das Thema abzuschließen.

zu 4.3 Rollstuhl Rallye 2016

Frau Wilcke informiert, dass der Streckenverlauf am Neuen Markt beginnend über die Mönchstraße, Heilgeiststraße, Ossenreyerstraße, Alter Markt, Knieperstraße bis zum Olof-Palme-Platz und zurück zum Rathaus verlaufen soll.

Als Termin wurde der 02.06.2016 um 16:00 Uhr festgelegt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis. Frau Ehlert und Herr Kremser werden zusammen an der Veranstaltung teilnehmen.

Frau Wilcke informiert weiter, dass zum jetzigen Zeitpunkt 3 Rollstühle zur Verfügung stehen. Der Seniorenbeirat wurde ebenfalls angefragt. Eine Antwort steht noch aus.

Auf den Vorschlag von Herrn Kremser teilt Frau Wilcke mit, dass der Behindertenverband und der Seniorenbeirat über den Termin informiert sind.

Frau Ehlert fragt nach, ob es Informationen zur Besetzung der Stelle der Behindertenbeauftragte gibt. Sie schlägt vor, dass die Fraktionen die Frage besprechen und die CDU/FDP Fraktion durch den Oberbürgermeister Druck zur Besetzung ausüben soll, da die Stelle von großer Bedeutung sei.

Frau Friesenhahn schlägt vor, auch im Krankenhaus und den verschiedenen Wohlfahrtseinrichtungen bezüglich der Rollstühle nachzufragen.

zu 4.4 Graffitis - Kunst fördern, Missgunst und Sachbeschädigung verhindern

Gast: Herr Bischoff

Herr Bischoff informiert, dass der Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention auch in diesem Jahr das Projekt "Stadt gestalten" mit anderen Vereinen und Institutionen weiter fortführt.

Ein Informationsblatt wird unter anderem im Ordnungsamt und im Polizeirevier ausgelegt.

Es gibt sehr wenige Meldungen. In diesem Jahr gab es erst eine Meldung. Im Jahr 2015 waren es nur 5 Meldungen.

Die Malerinnung hat mitgeteilt, dass der Aufwand für den Nutzen zu hoch sei. Sie überlegt, ob eine Beteiligung weiter sinnvoll ist.

In Rostock wurde das Projekt zur gleichen Zeit gestartet. Die Resonanz ist jedoch ähnlich gering.

Aus kriminalpräventiver Sicht ist es bedeutsam, Graffitis sehr schnell zu überstreichen. Herr Bischoff führt zur Ursachenforschung aus, dass ggf. Versicherungen mit Partnerbetrieben die Graffitis beseitigen oder viele Hauseigentümer eine gewisse Resignation entwickelt haben und nicht mehr handeln.

Frau Dr. Carstensen führt aus, dass in Rostock die Graffitis nicht von Fachkräften sondern von Straftätern entfernt werden. Dies stößt dort auf Unverständnis.

Frau Kindler schlägt vor, über Stellen in Stralsund nachzudenken, wo Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wird, sich künstlerisch zu betätigen.

Frau Dr. Carstensen informiert, dass es im vergangenen Jahr an der Herrmann-Burmeister-Schule ein Projekt über Graffiti-Kunst stattgefunden habe.

Frau Guthmuts berichtet über die Arbeit des Präventionsrates. Auf der Internetseite der Hansestadt Stralsund ist eine Verlinkung auf das Projekt zu finden.

Hier gibt es Hinweise für Betroffene, Eltern sowie Kinder und Jugendliche, die in dieser Szene unterwegs sind.

Im vergangenen Jahr gab es mit dem Maritimen Zentrum im KDW ein Projekt, wo Herr Pardeyke mit Jugendlichen eine Häuserwand gestaltet hat.

Es ist aus Sicht von Frau Guthmuts jedoch fraglich, ob dies den gewünschten Effekt bringt, solche Wand allgemein für diese Szene zur Verfügung zu stellen.

Herr Bischoff erläutert, dass sich das Projekt an das "Pforzheimer Modell" anlehnt. Dort werden den Täter ihre Schulden erlassen, wenn sie bei der Beseitigung des Graffitis mitarbeiten. Sie werden dabei von Malermeistern angewiesen.

Frau Friesenhahn informiert, dass in anderen Orten Bauzäune und Häuserwände zur Verfügung gestellt werden.

Sie würde ihre Häuserwand ebenfalls zur Verfügung stellen.

Frau Kindler sieht dies als gute Idee, befürchtet jedoch, dass mit der Erlaubnis zum Besprühen der Anreiz wegfällt und eine Annahme der Angebote durch die Szene nicht erfolgt.

Frau Gutsmuths schlägt vor, dass der Verein über die Vorschläge des Ausschusses beraten wird.

Anschließend wird sie den Ausschuss entsprechend informieren.

Das Thema wird im 3. Quartal 2016 erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

zu 4.5 Hunde: (illegale) Kampfhunde, Hundekot, Tütenhalter für Hundekot

Herr Krusch erläutert, dass nicht der Begriff des Kampfhundes, sondern des "gefährlichen Hundes", im Sinne der Hundehalterverordnung, korrekt sei. Diese seien aufgrund ihrer Zucht und Abrichtung darauf gerichtet, ein aggressives Wesen zu haben.

Zu gefährlichen Hunden zählen laut Hundehalterverordnung MV ebenso bissige Hunde sowie Hunde, die wiederholt Tier und Mensch gefährdet oder angegriffen haben.

Herr Krusch führt weiter aus, dass diese Hundehalter eine Erlaubnis durch die Ordnungsbehörde benötigen. Insgesamt gibt es in Stralsund 21 Personen, welche über diese verfügen. Voraussetzung dafür sei, dass der Antragsteller/ die Antragstellerin das 18. Lebensjahr voll-

endet hat sowie eine erforderliche Sachkunde nachweist. Die körperlichen Voraussetzungen und die Zuverlässigkeit müssen ebenfalls gegeben sein.

Weiter erläutert er die Vorschriften im Zusammenhang mit der Haltung von gefährlichen Hunden, wie den partiellen Leinen- und Maulkorbzwang und die Kennzeichnungspflicht der Besitztümer.

Wird die Haltung eines gefährlichen Hundes nicht angezeigt, erfolgt die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens und die Aufforderung, die entsprechende Erlaubnis zu beantragen. Bei Nichtbefolgen dieser Anweisung oder bei fehlender Eignung wird eine Ordnungsverfügung ausgesprochen, welche die Haltung des Hundes untersagt und zum Entziehen des Hundes führen kann. Derzeit befinden sich zwei gefährliche Hunde in der Tiernotaufnahme.

Frau Kindler fragt, wie die Zuverlässigkeit der Halter festgestellt werde. Herr Krusch informiert, dass für die Feststellung der Zuverlässigkeit das erweiterte Führungszeugnis herangezogen werde und eine Nachfrage bei der Polizei erfolgt.

Frau Quintana Schmidt erkundigt sich darüber, wie man als Laie erkennen könne, wann es sich um einen gefährlichen Hund handelt.

Herr Krusch macht deutlich, dass dies für den Laien nicht erkennbar sei. Bei eingehenden Hinweisen erfolgt die Hinzuziehung der Amtstierärztin des Landkreises. Daraufhin findet die Begutachtung des Tieres statt. Erst diese ermöglicht die Einstufung als gefährlicher Hund.

Auf die Frage von Frau Quintana Schmidt erläutert Herr Krusch, dass kein genereller Maulkorb- und Leinenzwang für Hunde einer bestimmten Größe bestehe.

Herr Kremser fragt nach, ob es Schwerpunktbereiche gäbe, in welchen Kontrollen durchgeführt werden und merkt an, dass insbesondere im Strandbad und auf der Sundpromenade die Vorschriften missachtet würden.

Herr Krusch entgegnet, dass im Strandbad ein Mitnahmeverbot von Hunden und entlang der Sundpromenade Leinenzwang herrsche und regelmäßig Kontrollen mit der Polizei durchgeführt werden. Allerdings wird angeführt, dass nicht jederzeit Kontrollen durchgeführt werden könnten.

Herr Krusch appelliert, bei Auffälligkeiten den Dialog zum Hundebesitzer zu suchen.

zu 4.6 Verbesserung der Sauberkeit in Stralsund

Frau Ehlert bedauert, dass Herr Zaepernick (LK VR, Eigenbetrieb Abfallwirtschaft) trotz Einladung nicht zum Ausschuss erschienen ist und bittet die anwesenden Kreistagsmitglieder, das Problem weiterzutragen.

Frau Wilcke informiert darüber, dass das Problem der zerrissenen Müllsäcke und der vollen Abfallbehälter bekannt sei.

Herr Kremser merkt die mangelhafte Qualität der "gelben Säcke" an. Durch die geringe Stärke würden diese schnell reißen und somit Straßen und Wege verunreinigen.

Frau Friesenhahn stellt dar, dass ein hoher Redebedarf bezüglich der Problematik bestehe und es nötig sei, mit den Verantwortlichen des Landkreises zu sprechen.

Frau Dr. Stahlberg erkundigt sich, ob sich das Großcontainersystem "Big Belly" bewährt habe und ob die Stadtverwaltung die Weiterverwendung des Systems anstrebt.

Frau Benz erwähnt, dass das Entsorgungssystem 5.500 € koste, eine größere Menge Müll aufnehmen könne und eine Meldung per Funk erfolgt, sobald das Behältnis gefüllt ist. Die Gesamtkosten entsprechen denen eines herkömmlichen Abfallbehälters mit 120 Litern Fassungsvermögen. Ein Problem würde der Müll um das Abfallbehältnis herum darstellen, welches sich durch eine unregelmäßige Entleerung verschlimmern würde. Daher besteht die Tendenz an 5 Schwerpunktstandorten einen herkömmlichen Abfallbehälter mit einer Füllmenge von 120 Litern und Einwurfklappe sowie mit einem integrierten Aschenbecher auf der Hafeninsel aufzustellen. Derzeit wird die Haushaltsfreigabe für das Vorhaben erwartet.

Frau Dr. Carstensen informiert, dass dem Landkreis und den Mitgliedern des Kreistages die Beschwerden bezüglich der Müllentsorgung bekannt seien. Daher werde angestrebt, die Evaluierung zur Umstellung der Entsorgungsfirma bereits nach einem halben Jahr durchzuführen. Möglicherweise wird der Landrat die Thematik während der Kreistagssitzung am 02.05.2016 in seinem Bericht ansprechen.

Frau Kindler stellt dar, dass ausreichend Tütenhalter für Hundekot vorhanden seien, die ordnungsgemäße Entsorgung dieser allerdings ein Problem bleibe. Es wird nach einem Konzept gefragt, nach welchem die Aufstellung der Abfallbehälter und Tütenhalter erfolge.

Frau Benz erläutert, dass es über 600 Papierkörbe im Stadtgebiet gibt und somit ausreichend Möglichkeiten zur Abfallentsorgung zur Verfügung stünden. Bezüglich der Aufstellung gäbe es Schwerpunkte, welche berücksichtigt werden. Das Erfordernis zur Berücksichtigung der Kosten bleibe trotz dessen bestehen.

zu 5 Verschiedenes

Frau Ehlert beantragt für Frau Günzel von der Sundine das Rederecht. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem einstimmig zu.

Frau Günzel erinnert an einen Besuch des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vor einigen Jahren in der Sundine. Damals kam die Idee auf, dass der Ausschuss einen Zuschuss für eine neue Küche zur Verfügung stellen könnte. Jetzt gibt es die Möglichkeit eine Küche kostenlos zu erhalten. Es fehlen lediglich die Geräte, die es zu finanzieren gilt sowie die Transportkosten, die aufzubringen sind.

Frau Ehlert schlägt vor, dass der Ausschuss über das Thema beraten wird. Im Haushalt werden voraussichtlich keine Mittel zur Verfügung stehen.

Herr Kremser informiert, dass Am Fischmarkt das alte Toilettenhaus abgerissen wurde. Es sollte ein Hinweisschild für die nächste öffentliche Toilette angebracht werden.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Die Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

gez. Sabine Ehlert Vorsitzender gez. Constanze Schütt Protokollführung

TOP Ö 4.1



Anträge Vorlage Nr.: AN 0038/2016

öffentlich

Titel: Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR)

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| Federführung: | Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen | Datum: | 22.03.2016 |
|---------------|---------------------------------|--------|------------|
| Einreicher: | Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen | | |

| Beratungsfolge | Termin | |
|----------------|--------|--|
| | | |

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Hansestadt Stralsund tritt der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR) bei.

Der Bürgermeister wird beauftragt, zusammen mit den Fraktionen der Bürgerschaft und den Vertretern der Zivilgesellschaft einen auf Stralsund angepassten 10-Punkte Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in Stralsund zu erstellen.

Begründung:

Die Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus ist eine im Jahr 2004 von der UNESCO gestartete Initiative, diejenigen Städte zu vernetzen, die daran interessiert sind, ihre Maßnahmen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung miteinander auszutauschen und zu verbessern.

Zentral dabei ist der 10-Punkte Aktionsplan, welcher ganz konkrete Maßnahmen auflistet. Die realisierte und begrüßenswerte Aufstockung der Stelle der Integrationsbeauftragten bietet Ressourcen für solche Initiativen.

Unsere Partnerstädte Kiel, Malmö und Ventspils sind ebenfalls Teil dieser Koalition.

TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund Der Oberbürgermeister Büro des Präsidenten der Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP: 9.9

Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR)

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage: AN 0038/2016

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Die Hansestadt Stralsund tritt der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR) bei.

Der Bürgermeister wird beauftragt, zusammen mit den Fraktionen der Bürgerschaft und den Vertretern der Zivilgesellschaft einen auf Stralsund angepassten 10-Punkte Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in Stralsund zu erstellen.

Beschluss-Nr.: 2016-VI-03-0386

Datum: 07.04.2016

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 07.04.2016

Zu TOP: 9.9

Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR)

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage: AN 0038/2016

Herr Suhr begründet den Antrag ausführlich.

Frau von Allwörden beantragt, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen. Hier sollten u. a. auch die Kosten beraten werden, da entgegen der Ausführungen von Herrn Suhr keine Kostenfreiheit besteht und eine entsprechende Einordnung in die Haushaltsplanung erfolgen müsste.

Herr Arendt stellt fest, dass der Antrag Kosten verursacht und keine Deckungsquelle angegeben wurde, somit sollte der Antrag von der Tagesordnung genommen werden.

Herr Suhr pflichtet bei, u. a. die Kosten zu überprüfen und stimmt einer Verweisung zu.

Herr Paul stellt den Verweisungsantrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Die Hansestadt Stralsund tritt der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR) bei.

Der Bürgermeister wird beauftragt, zusammen mit den Fraktionen der Bürgerschaft und den Vertretern der Zivilgesellschaft einen auf Stralsund angepassten 10-Punkte Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in Stralsund zu erstellen.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2016-VI-03-0386

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 22.04.2016